



Foto: CERMINOLOGIA Y JUSTICIA

Zum Geburtstag ein Megagefängnis

Ein Jahr Ausnahmezustand in El Salvador

Am 27. März 2023 jährte sich die Verhängung des Ausnahmezustandes in El Salvador. Pünktlich zu diesem Jahrestag hat Präsident Nayib Bukele das größte Gefängnis in den Americas eröffnet. Dergestalt bleibt El Salvador ein Land der Superlative: von der weltweit höchsten Mordrate zur weltweit höchsten Gefangenenrate. Die Bukele-Regierung ist nicht die erste, die das Bandenwesen mit „mano dura“, mit eiserner Faust, bekämpft. Dafür bekommt Bukele in El Salvador selbst Applaus; in allen Umfragen liegen die Zustimmungsraten seit seinem Amtsantritt im Juni 2019 bei 80 und mehr Prozent. Aber der Erfolg hat seinen Preis: Seit Verhängung des Ausnahmezustandes sind mehr als 64 000 Menschen verhaftet worden.

Der salvadorianischen Regierung wird vorgeworfen, im Kampf gegen Bandenaktivitäten auf bürgerliche Freiheiten zu verzichten und damit weitreichende Missstände zu schaffen. Jetzt sind 2000 Menschen, die der Mitgliedschaft in Banden beschuldigt werden, in ein kürzlich eröffnetes „Megagefängnis“ verlegt worden. In einem Twitter-Post feierte Präsident Nayib Bukele die Ankunft der mutmaßlichen Bandenmitglieder in dem Gefängnis, das Platz für 40 000 Menschen bietet und als das größte auf dem gesamten Kontinent (Nord-, Mittel- und Südamerika) gilt.

„Im Morgengrauen haben wir in einer einzigen Aktion die ersten 2000 Mitglieder in das Hochsicherheitsgefängnis

‚Centro de Confinamiento del Terrorismo‘ CECOT verlegt“, so Bukele. „Das wird ihr neues Haus sein, in dem sie jahrzehntelang leben werden, gemischt (das heißt aus gegebenenfalls verfeindeten Banden), unfähig, der Bevölkerung weiteren Schaden zuzufügen.“

Bukele und seine Verbündeten haben im vergangenen Jahr einen umstrittenen „Ausnahmezustand“ erlassen, der wichtige Rechte wie das Recht auf einen Anwalt und das Recht auf private Kommunikation außer Kraft setzt und Verhaftungen ohne Haftbefehl und ohne Begründung erlaubt. Menschenrechtsgruppen haben diese Maßnahmen kritisiert und der Regierung vorgeworfen, sie ermächtigte sich selbst, ungestraft zu handeln und den zu Unrecht Inhaftierten kaum Rechtsmittel zur Verfügung zu stellen. Dutzende von Inhaftierten sind während des Ausnahmezustands, der seit dem 27. März 2022 Monat für Monat verlängert wurde, gestorben. Das harte Durchgreifen findet jedoch breite Unterstützung in der salvadorianischen Bevölkerung. Viele begrüßen die Maßnahmen und meinen, dass sie die kriminellen Banden, die seit Jahrzehnten ganze Stadtviertel mit Gewalt und Ausbeutung überziehen, zurückgedrängt haben. In einem Artikel vom Februar erklärte die salvadorianische Internet-Zeitung „El Faro“ in einem Bericht über Übergriffe während des Ausnahmezustands, die Regierung habe den Banden einen schweren Schlag versetzt. Allerdings beweftelt „El Faro“, dass diese Veränderungen von Dauer sein würden. „Kritiker des Ausnahmezustands räumen nuanciert ein, dass er greifbare Ergebnisse für die Bevölkerung gebracht hat“, heißt es in dem Artikel. „Aber sie konzentrieren die Diskussion

auf die Zukunft: Wie werden sich diese Organisationen verändern? Wie nachhaltig sind die Errungenschaften einer Politik der Unterdrückung?“

Einige Kritiker*innen fragten auch, was geschehen würde, wenn die Verhafteten schließlich aus dem Gefängnis entlassen würden. Bukele und seine Verbündeten sind um eine Antwort nicht verlegen: Sie werden nicht entlassen. „Wir eliminieren dieses Krebsgeschwür aus der Gesellschaft“, sagte Justiz- und Sicherheitsminister Gustavo Villatoro auf Twitter. „Ihr müsst wissen, dass ihr niemals aus dem

CECOT herauskommen werdet; ihr werdet für das bezahlen, was ihr seid ... feige Terroristen.“ Der Komplex, der sich etwa 74 Kilometer südöstlich der Hauptstadt San Salvador befindet, besteht aus acht Gebäuden mit jeweils 32 Zellen, in denen jeweils mehr als 100 Personen untergebracht sind. Eine einzelne Zelle verfügt jedoch nur über zwei Waschbecken und eine Toilette. Der Leiter des Gefängnisses, der zum Schutz seiner Identität eine Skimaske trug, erklärte bei der Vorstellung des Projekts den anwesenden Journalist*innen, dass die Zellen keine Matratzen enthalten werden. ■

Ziel: ein Land ohne Opposition

Viele Fragen zum Ausnahmezustand

Seit einem Jahr verlängert das salvadorianische Parlament, in dem „Nuevas Ideas“, die Partei des rechtsextremen Präsidenten Nayib Bukele, die absolute Mehrheit hat, Monat für Monat den Ausnahmezustand. Er sei weiter nötig, um die Sicherheit der Bevölkerung El Salvadors zu gewährleisten. Doch tut er das wirklich, oder ist er ein Instrument, um es Bukele zu ermöglichen, auf legalem Weg eine Diktatur zu errichten? Die mafiösen Banden und vor allem deren Führungsstrukturen sind weiter aktiv. Das wirft viele Fragen auf.

Im Juli 2019, einen Monat nach Bukeles Amtsantritt, begann seine Regierung mit dem „Plan Control Territorial“ (Plan zur territorialen Kontrolle), mit dem, offiziellen Verlautbarungen zufolge, die Mordrate drastisch reduziert wurde. Aber Journalist*innen und Menschenrechtsorganisationen deckten auf, dass es sich eher um einen Pakt mit den Banden als um einen Plan handelte: Die kriminellen Banden, die „Pandillas“ oder „Maras“, sollten sich mit dem Morden zurückhalten und so „Nuevas Ideas“ zum Sieg bei den Parlaments- und Kommunalwahlen Anfang 2021 verhelfen. Im Austausch dafür bekamen sie von der Regierung Geld, Arbeitsplätze und den Schutz ihrer Anführer vor Auslieferungen an die Vereinigten Staaten. Im März 2022 beendete ein mörderisches Wochenende, das laut Regierung auf das Konto der „Maras“ ging, diesen Pakt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Regierung bereits Millionen für ihren Plan zur territorialen Kontrolle ausgegeben. Wenn dieser angeblich so erfolgreich war, weshalb wurde er dann gebrochen?

Der Ausnahmezustand folgte auf dem Fuß. Mit ihm wurden durch die Verfassung verbürgte Rechte aufgehoben, alle Bürgerinnen und Bürger des Landes zu Verdächtigen

gemacht und Tausende, auch Unschuldige, willkürlich verhaftet. Damit wurde ein Teil der Bevölkerung eingeschüchert und dem anderen Teil ein Gefühl der Sicherheit gegeben. Gleichzeitig wurden jeglicher Protest und die sozialen Bewegungen unterdrückt.

Der Pakt mit den „Pandillas“ besteht weiter und lässt das „Gefühl“ der Sicherheit fortbestehen. Warum ist das ein „Gefühl“ und nicht die Wirklichkeit? Weil die Bevölkerung merkt, dass viele „Pandilleros“, die Mehrheit, weder gefangen sind noch die Flucht ergriffen haben. Es heißt, sie haben sich versteckt, operieren vorübergehend nicht. Die Regierung sagt, sie habe 64 512 mutmaßliche „Pandilleros/Terroristen“ verhaftet, um von der Verschlechterung der Lebensbedingungen abzulenken, von der Inflation, der Arbeitslosigkeit, der Migration, dem maroden Gesundheitswesen und der wachsenden Armut. Viele Fragen bleiben offen. Haben sich tatsächlich 64 512 Pandilleros gefangen nehmen lassen, ohne den geringsten Widerstand zu leisten? Jedenfalls gibt es keine Berichte über verwundete Polizist*innen. Die Regierung sagt, man habe 2328 Feuerwaffen sichergestellt. Das heißt, von ca. 64 000 Gefangenen hatten ca. 62 000 keine Waffen. Laufen die Terroristen also unbewaffnet herum? Warum sind unter den Tausenden von Gefangenen keine Anführer? Welche Firma hat das Megagefängnis von Tecoluca gebaut, was hat das gekostet, wie viele Gefangene passen da tatsächlich hinein? Warum werden solche Informationen verheimlicht? Wer verdient an den Paketen (Uniformen, Essen), die die Familien für die Gefangenen kaufen müssen? Alles deutet darauf hin, dass der Pakt mit den Maras weiter besteht. Wie lange noch? Für welchen Preis? Was wird passieren, wenn er wirklich gebrochen wird? Welchen Preis wird die Bevölkerung dafür bezahlen müssen? ■

Diese Ausgabe von „La página de Maíz“ (Nr. 906) erschien am 3. März 2023 in der Tageszeitung „Diario CoLatino“.